

Nach Brandenburg fordert auch die AFD NRW Dieselgarantie bis 2050

geschrieben von Admin | 20. September 2017

Während sich die Altparteien allesamt vom Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe (DUH) am Nasenring durch die Politarena führen lassen (hier einiges zum Hintergrund dieses Vereins) und wegen Überschreitung willkürlich gezogener Grenzwerte Dieselfahrverbote fordern oder heftigst daran arbeiten diese sowohl zu wollen, als auch nicht zu wollen, ohne das diese für die Dieselbesitzer sofort erkennbar wird, zwingt sie die AFD nun dazu Farbe zu bekennen.

Video der Rede von Dr. Christian Blex vor dem Landtag Nordrhein – Westfalen am 15.9.17 in Düsseldorf

Der AFD Abgeordnete im Landtag Nordrhein – Westfalen Dr. Christian Blex stellte im Namen seiner Fraktion den Antrag dass der Landtag **feststellen möge:**

1. dass die auf dem Diesel-Gipfel beschlossenen Umrüstungen noch nicht in allen Fahrzeugen implementiert wurden und diese einen positiven Effekt auf die Stickstoffdioxid-Emissionen erwarten lassen
2. dass sich die zukünftige Antriebstechnologie noch nicht antizipieren lässt

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich konsequent gegen ein Fahrverbot von Diesel- und Benzinfahrzeugen bis mindestens 2050 einzusetzen.

In seiner Rede begründet Blex diese Forderung mit den rein ideologisch begründeten Grenzwerten in Städten von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (an max. 10 Tagen) gegenüber den in aufwendigen Tests ermittelten Grenzwerten der Arbeitsplatzsicherheit, die in Deutschland an 52 Wochen, mit je 40 Stunden max. $950 \mu\text{g}/\text{m}^3$ betragen dürfen. In der nicht weniger sicherheitsbewussten Schweiz sogar $6000 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Das Ergebnis der Abstimmung lautet: Abgelehnt.

Angenommen wurde hingegen der Antrag der CDU/FDP Fraktion

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- unter Einbezug der zur Verfügung stehenden Bundesmittel und mit Beteiligung der betroffenen Kommunen ein Maßnahmenpaket zu entwickeln, das geeignet ist, innovative und umweltschonende Mobilitätskonzepte voranzubringen;
- die Kommunen bei der Luftreinhalteplanung weiter unterstützen, u.a. auch bezüglich rechtsanhängiger Gerichtsverfahren und

...mit ihren Möglichkeiten weiter darauf hinzuwirken, dass die Autoindustrie zur Problemlösung angemessen in die Pflicht genommen wird.

Wenn das keine klare Ansage ist!